

VON „ATATÜRK“ BIS ERDOGAN



Kurdische Kinder im Grenzgebiet Türkei/Irak. In Zukunft frei und selbstbestimmt? Das türkische Militär hatte von Dezember 2015 bis Februar 2016 mehrere kurdische Städte und Ortschaften im Südosten der Türkei angegriffen und zum Teil erheblich zerstört. Die neuesten Militärschläge in Nord-Ost-Syrien im Oktober 2019 verschlimmern die Lage dramatisch und führen zu massiven Menschenrechtsverletzungen.

Von „Atatürk“ bis Erdogan - Der Konflikt zwischen Türken und Kurden

Gebrochenes Versprechen

Mustafa Kemal, ehrenvoll auch „Atatürk“ oder „Vater der Türken genannt“ war der eigentliche Begründer und erste Präsident der heutigen Türkei, die aus den Ruinen des osmanischen Kalifats hervorgegangen ist. In den Kriegen im Anschluss an den ersten Weltkrieg gewann er die Unterstützung kurdischer Stammesführer und



Politiker und versicherte diesen, dass dieser Kampf zu einem gemeinsamen Staat von Türken und Kurden führen sollte. Das den Kurden gegebene Versprechen wurde bis heute nicht eingehalten. Nach der erfolgreichen Gründung der Republik Türkei im Jahr 1913 stellten Atatürk und dessen Mitstreiter das Türkentum in den Mittelpunkt ihres politischen und vor allem kulturellen Neuanfangs. Aus dem ehemaligen osmanischen Vielvölker-Kolonialreich sollte ein zentraler Einheitsstaat werden. Alle Einwohner, die einer anderen Nationalität oder Ethnie angehörten, sollten sich dem Türkentum sowohl kulturell als auch sprachlich unterordnen, so auch die Kurden.

Weitere Infos zum Umgang der türkischen Regierung mit Minderheiten

Beängstigend: Das Reich Erdogans

Zwangsassimilation

Die Kurden sind ethnisch nicht mit den Turkvölkern verwandt, ihre Sprache gehört zur Familie der iranischen Sprachen. Sie lebten auf dem Gebiet der heutigen Türkei viele Jahrhunderte bevor die Vorfahren der heutigen Türken mit den Kriegszügen der Seldschuken in dieses Gebiet einwanderten. Dennoch haben türkische Nationalisten den Kurden über Jahrzehnte eine eigene Identität abgesprochen, sie als „Bergtürken“ bezeichnet, sie öffentlich diffamiert und unterdrückt.

Im Zuge zahlreicher Umsiedlungsmaßnahmen mit Deportationen von Kurden und Neuansiedlungen von Türken verloren viele Kurden ihre Heimat. Ihnen wurde der Gebrauch der kurdischen Sprache verboten. Eigen-, Dorf- und Städtenamen der kurdischen Bevölkerung wurden im Zuge dieser Türkifizierung umbenannt. Die türkische Regierung verbot Buchstaben, die im Türkischen nicht vorkommen, wie beispielsweise das q, x oder w. Muttersprachlicher Kurdischunterricht an staatlichen Schulen ist laut Verfassung verboten. Bis ins Jahr 2002 waren kurdischsprachige Fernseh- und Rundfunksendungen nicht gestattet. Durch diese sprachliche Assimilation verloren viele Kurden ihre Muttersprache und somit einen wesentlichen Teil ihrer Identität.

Wie die Türkei unter Erdogan zu einem autoritären Staat wurde

Widersprüche: Der Völkermord an den Armeniern

Annäherung und Eskalation

Die staatliche und gesellschaftliche Diskriminierung setzte sich bis ins 21. Jahrhundert fort. Erst nachdem 2002 die islamische AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) an die Regierung kam, trat zunehmend Ruhe ein. Der damalige Ministerpräsident und heutige Präsident Recep Tayyip Erdogan erklärte, dass es ein kurdisches Problem in der Türkei gebe, was bisher stets geleugnet wurde und als Terrorproblem deklariert worden war. Erdogan sprach die Kurden vor allem als muslimische Glaubensbrüder an und wollte so ihre Wahlstimmen gewinnen. Doch die türkische Regierung enttäuschte zusehends die Hoffnungen auf Verständigung zwischen Türken und Kurden. Als der Islamische Staat (IS) im August 2014 anfang, seine Expansion intensiv gegen die dort ansässige kurdische Bevölkerung in Nordsyrien zu richten, blieb die türkische Regierung untätig. Sie verweigerte kurdischen Freiwilligen, die in Syrien gegen den IS kämpfen wollten, das Übertreten der türkisch-syrischen Grenze. Gleichzeitig mehrten sich die Hinweise, dass die türkische Regierung de facto den Islamischen Staat unterstütze - den gefährlichsten Feind der syrischen und irakischen Kurden.



Die kurdischen Einwohner sind fassungslos über die Gewalt des türkischen Militärs im eigenen Land.



Im Bild: Eine kurdische
Familie in einem
Flüchtlingslager nahe der
türkisch-irakischen Grenze.

Neue Intensität der Diskriminierung

Beispiele wie die Aufhebung der Immunität zahlreicher kurdischer Abgeordnete durch das türkische Parlament im Mai 2016 oder die Angriffe auf kurdische Städte in Südostanatolien seit Dezember 2015 zeigen, dass die Diskriminierung von Kurden noch lange kein Ende, sondern im Gegenteil einen neuen Höhepunkt erreicht hat. Der Kern des Konflikts zwischen Türken und Kurden liegt im türkischen Nationalismus, der von Erdogan mit neuer Intensität weitergeführt wird und der aus dem Vielvölkerstaat Türkei einen homogenen türkischen Nationalstaat erzwingen will. Die Vielfalt an einheimischen Minderheiten, an anderen Sprachen und Kulturen steht unter einem enormen Assimilationsdruck.

Weitere Infos zur Menschenrechtslage in der Türkei

Aktive Christen werden aus der Türkei ausgewiesen